

## Inflation der Wahrheit:

### Kapitalismus braucht Armut!

Heute werden die Menschen mit ökonomischen Wahrheiten zugeschüttet, dass einem schlecht werden könnte. Die Frechheit, mit der Magazine und Features davon künden, dass die Wirtschaft nur funktionieren kann, wenn die Arbeitskräfte dem Hunger nahe sind, verrät nämlich vor allem eines: Die Autoren haben keine Scheu, eine Wahrheit auszuplaudern, die eigentlich das stärkste Argument gegen die famose freie Marktwirtschaft ist. Sie erläutern ihren Publikum fröhlich die Unverträglichkeit seiner Lebensbedürfnisse mit den Erfolgsbedingungen des Kapitalwachstums und geben sich dabei nicht die geringste Mühe, ihm zu erläutern, warum es sich vom Standpunkt seiner Interessen aus für dieses Wachstum begeistern und hergeben sollte. Die Volksbelehren argumentieren nicht für den Kapitalerfolg, sondern mit seinen Erfordernissen – und verlangen von ihren Adressanten, ohne weiteren guten Grund, diesen Erfordernissen die eigenen zu opfern. Die Autoren erinnern schlicht daran, dass der Normalbürger nun einmal vom Kapital abhängt und keine Wahl hat. Jedenfalls haben sie keine Sorge, dass er die Botschaft der Unvereinbarkeit einmal nicht als un widersprechlichen Imperativ zum Zurückstecken, sondern als Auskunft über ein System verstehen könnte, das ein anständiges Leben für ihn weder vorsieht, noch verträgt.

### Wirtschaftswunderrevier Osteuropa

Der Spiegel begeistert sich im Rahmen seiner Serie „Kapitalismus total global“ (Nr.20, 14.5.05) über die neuen „Kleinen Tiger“ im Osten Europas. Dort, so finden die Autoren, passen Lebens- und Anspruchsniveau der Bevölkerung noch richtig gut zum Akkumulationsbedarf des Kapitals: Diese Welt ist in Ordnung.

„Ein unbändiger Wille, nachzuholen, was der Sozialismus ihnen vorenthielt, treibt die Menschen um. Aufbruch lautet das wirtschaftliche Credo. In den Beitrittsländern geben fulminante Wachstumsraten den Ton der Debatte an – ein bisweilen unter den Schmerzen radikaler Reformen von Arbeitsmarkt bis Gesundheitswesen geborener Erfolg. Die EU-Novizen brillieren durch Eifer und hungrigen Nachholbedarf.“

Während in Deutschland knapp fünf Millionen Menschen Arbeit suchen und kein Tag vergeht, an dem Konzerne, Politiker und Gewerkschaften nicht über die Abwanderung von Unternehmen nach Osteuropa debattieren, entstehen dort, wo noch vor wenigen Jahren unrentable Planwirtschaften vor sich hinmurrten, Tag für Tag neue Jobs.

„Wir haben den Kommunismus abgeschafft, die Wirtschaft privatisiert und jetzt 6 Prozent Wachstum. Was sollen wir von euch noch lernen? Wir sind Spitze!“

trumpft ein jugendlicher Finanzjongleur aus der Slowakei dem deutschen Reporter gegenüber auf. Der stellt voll Neid und Bewunderung das Vorhandensein jener gesunden Rahmenbedingungen fest, unter denen „Menschen“ endlich tun, was sie schon immer wollten und im Sozialismus nicht durften: Nach Abschaffung der Planwirtschaft, die nicht auf Rendite zielte, also völlig unrentabel war, hat ein hartes Jahrzehnt wachsender Not dafür gesorgt, dass am Schluss „niemand mehr Besitzstände zu wahren hatte. Es gab nichts zu verlieren.“ Jetzt lassen sich die Völker widerstandslos einen „radikal-liberalen Wirtschaftskurs“ verordnen, denn „Gewerkschaften, die sich dem scharfen Wind des Kapitalismus entgegenstemmen können, gibt es praktisch nicht.“ So sieht das Klima aus, in dem der Kapitalismus gedeiht: Wo im Unterschied zu den deutschen 10% mehr als 20% Arbeitsbevölkerung arbeitslos sind, wo die glücklichen Arbeitsplatzbesitzer für 4 Euro die Stunde arbeiten, und immer noch doppelt so viel verdienen wie drei Jahre vorher, wo das Nationalprodukt pro Kopf zwischen einem Viertel und der Hälfte des deutschen liegt – da kommen traumhafte Renditen und Wachstumsraten zusammen. Die Opfer des grandiosen Aufstiegs verschweigt der Spiegel selbstverständlich nicht.

Sie sind der Aufwand für die „ersten Früchte“, die die zupackenden Osteuropäer nun ernten. Interessant zu sehen, dass der Autor zu den Opfern noch nicht einmal die Leute zählt, die mit Billiglöhnen und langen Arbeitszeiten das Wachstum der Kapitalvermögen schaffen; die haben ja Arbeit! Als „Verlierer im großen Monopoly“ lässt er nur Rentner gelten, die hungern, Kleinbauern, die in Blechhütten vegetieren, und Wanderarbeiter, die im Ausland die Drecksjobs erledigen. Der vorbildliche Aufschwung ihrer Vaterländer verlangt eben solche Opfer und rechtfertigt sie allemal.

Aber Vorsicht: Der Aufbruch ist ja großartig und der Zuspruch der Kapitalisten gibt den Osteuropäern mit ihrer wirtschaftsförderlichen Armut voll recht. Dennoch darf niemand den steilen Aufschwung der Geschäfte als Bedingung oder als zugestandenem Preis für einen nachfolgenden Aufschwung der Löhne und Einkommen missverstehen. Wo der Fehler gemacht wird, ein schönes Wirtschaftswachstum fürs Wohlergehen des niederen Volks zu missbrauchen, ist der Niedergang nicht mehr weit. Der ungarische Wirtschaftsminister János Kóka sieht den Standortvorteil seiner Tiger-Ökonomie schon wieder schwinden.

„Wir beobachten, dass Niedriglohnproduktionen vor allem nach Rumänien, aber auch in die Ukraine abwandern. Im einstigen Boomstädtchen Székesfehérvár kletterten die Arbeitslosenzahlen dramatisch in die Höhe, die fetten Jahre waren erst einmal vorbei.“

„Fette Jahre“? Wer ist da fett geworden? In dem Städtchen hat für einige Zeit eine ausdrückliche Niedriglohnproduktion stattgefunden. Diesen Umstand rechnet der Spiegel den Bewohnern als Fettlebe, als unwahrscheinlichen Glücksfall und Höhepunkt ihrer proletarischen Existenz vor, nachdem das Kapital sie schon wieder ausgespuckt hat und in noch profitablere, noch elendere Reviere weitergezogen ist.

### Antimodell Deutschland

Auch diese kranke Nation war einmal ein Wirtschaftswunderland, ruft uns Spiegel-Herausgeber Aust mit seinem ZDF-Dreiteiler „Der Fall Deutschland“ in Erinnerung. Da lief alles prima, solange die Menschen nach dem Krieg für 50 Pfennig die Stunde und 48 Stunden die Woche arbeiteten, kaum je krank und im Alter anständig arm waren. Und dann hat schon der erste Kanzler des Wunderlandes die Idylle zerstört: Er erwies sich seiner Verantwortung nicht gewachsen und legte die Axt an die Wurzeln des deutschen Wohlstands, indem er die Rentner ein bisschen daran teilhaben ließ. Adenauer schuf eine dynamisierte Rente, die an die Lohnentwicklung gekoppelt wurde. Das konnte ja nicht gut gehen – und man merkte es auch gleich 40 Jahre später. Mit seinem Sündenfall gab der Gründungskanzler den Nachfolgern ein schlechtes Beispiel: Allesamt haben sie dem Volk geliebedient, unverantwortliche Wahlversprechen gemacht und – was das Schlimmste ist – auch noch gehalten. Jedenfalls nach Erkenntnissen des Autors. So haben sie den Staat geplündert und die Wirtschaft belastet – als ob es so schwer wäre einzusehen, dass von einem Wirtschaftswunder niemand sich etwas versprechen darf, als eben die Wirtschaft selbst. Alles andere macht das Wunder kaputt. Das hat der letzte, schlimmste Populismus noch einmal – Aust möchte sagen: abschließend – demonstriert. Jetzt versinken die einst blühenden kapitalistischen Landschaften endgültig in Agonie. Beim Anschluss der DDR wurde nämlich aus politischen Einheitsgründen die wirtschaftliche Vernunft in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß verraten. Anstatt das Kapital und seine Renditeansprüche darüber entscheiden zu lassen, was die ganze DDR samt Bevölkerung wert ist, hat der Kanzler der Einheit deren sozialistisches Falschgeld eins zu eins gegen die gute Westmark getauscht und dann auch noch eine schrittweise Angleichung der Löhne an das Westniveau in Aussicht gestellt. Die kapitalistischen Investoren, die dann ja doch nach ihren Maßstäben entscheiden, ma-

Fortsetzung auf Seite 4, Spalte 1 oben

## GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

### Öffentlicher Vortrag mit Diskussion

Das alles entscheidende Urteil von Elektrolux über die Nürnberger AEGler:

„Ihr rentiert euch nicht!“

Der Konzern will die Produktion am Standort Nürnberg schließen, weil sich die Arbeit der Belegschaft für ihn nicht oder nicht mehr genug rentiert.

Das weiß jeder. Und fast jeder hält es für selbstverständlich, dass Gewinn gemacht werden muss, wenn es Arbeit geben soll. Dabei steckt darin die ganze Scheiße der Lebenslage kapitalistischer Arbeitskräfte.

Die „abhängig Beschäftigten“ leben davon, dass sich ihre Arbeit für andere, die Eigentümer des Kapitals der Firma, rentiert, dass sie mit ihrer Arbeit die Reichen reicher machen. Wenn sie dafür nicht gebraucht werden, entfällt mit ihrer Arbeit auch der Lohn. Der ganze Lebensunterhalt der Arbeitskräfte lohnt sich nicht fürs Kapital – und wird gestrichen. Arbeiter ohne Unternehmer, die ihre Arbeitskraft benutzen, können im Kapitalismus nicht arbeiten, nichts verdienen und nicht leben. Sie überleben gerade mal auf dem elenden Niveau von Hartz IV, das dieser Staat für Leute vorsieht, die sich fürs Kapital nicht rentieren.

Eines kommt nämlich in diesem System überhaupt nicht in Frage: Dass Arbeit stattfindet, weil normale Leute einen Lebensunterhalt brauchen und sich ihn erarbeiten wollen. Die Arbeit, die sie in Büros und Fabriken verrichten dürfen, findet nicht für sie und nicht wegen ihres Bedarfs statt – sondern damit und solange die Kapitaleigner dadurch einen Profit kasieren.

Warum rentieren sich die Mühen der Nürnberger Belegschaft für den Konzern nicht mehr? Macht sie etwas verkehrt? Schlechte Arbeit? Nichts davon: Sie rentiert sich nicht mehr, weil die Firma im Ausland Arbeitskräfte findet, die die Arbeit noch viel billiger erledigen und sich deshalb noch viel mehr rentieren.

Der Plan, die Produktion nach Polen zu verlagern, zeigt schön, wie das Unternehmen zu dem Lohn steht, von dem seine Belegschaft leben muss. Es nimmt am liebsten die billigsten und willigsten Arbeitskräfte, die sich ihm anbieten; eignet sich die Produkte ihrer Arbeit an und zahlt ihnen dafür so wenig wie irgend möglich. Der Gewinn ergibt sich aus der Differenz der Produktionskosten und der Verkaufspreise der produzierten Waren. Und der Lohn der Arbeitskräfte ist ein Kostenfaktor, der den Gewinn begrenzt. Die Belegschaft ist eben nicht Teilhaber an einer gemeinsamen Produktionsunternehmung, sondern das menschliche Instrument der Profitmacherei.

Da ist die Armut der Polen ein wahres Glück für Elektrolux und andere Kapitalgesellschaften, die diese Armut ausbeuten. Dort sind nicht ca. 10% der Arbeitsbevölkerung arbeitslos wie in Deutschland, sondern 20%. In ihrer Not lassen sich die Leute noch besser erpressen als die Deutschen und sich zu längeren Arbeitszeiten bei einem Bruchteil des deutschen Lohns zwingen. Die Not des Arbeitsvolks ist die bleibende Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft und die Quelle ihrer sagenhaften Dynamik.

Der Weltkonzern stürzt die Nürnberger Beschäftigten in eine ruinöse Billigkonkurrenz mit Ihregleichen, Arbeitern und Angestellten anderswo.

Die Geschäftsleitung rechnet den Nürnbergern vor, dass entweder sie die Fertigung von Waschmaschinen, Trocknern und Geschirrspülern haben können oder einige hundert Polen, dass also entweder hier oder im östlichen Nachbarland die Arbeitslosenzahlen steigen. Für alle reichen die Existenzgrundlagen dieser famosen Wirtschaft sowieso nicht. Und das ist noch nicht einmal ein Betriebsunfall, sondern das direkte Produkt des technischen Fortschritts im Kapitalismus: Ständig senken die Firmen ihre Kosten, indem sie die Produktivität der Arbeit steigern und aus einer Arbeitsstunde und einem Arbeiter die Leistung von zweien herausholen – entsprechend weniger Arbeitskräfte beschäftigen und bezahlen sie noch. Je produktiver die Arbeit wird, je weniger Mühsal die Herstellung der nützlichen Dinge erfordert – desto schlimmer für kapitalistische Arbeitskräfte: Um so weniger von ihnen können noch vom Dienst fürs Kapital leben.

Jetzt suchen die Nürnberger ihre Chance darin, die Billigkonkurrenz gegen die Polen zu gewinnen.

Der Betriebsrat gibt Gutachten in Auftrag, die der Firmenleitung beweisen sollen, dass sich die Ausbeutung der Nürnberger Belegschaft doch wieder rentieren könnte – sofern sie mit neuen Opfern an Lohn und Arbeitszeit auf eigene Kosten dafür sorgt.

Ein absurdes Angebot: Lohnabhängige gehen arbeiten, weil sie Geld brauchen – und jetzt bieten sie dem Kapital Teile ihres Lohnes an, damit sie überhaupt weiterhin arbeiten dürfen. Die Herren vom Vorstand sehen sich die angebotenen Lohnopfer dankend an, rechnen ganz cool nach, ob die Nürnberger damit tatsächlich aufs Ganze gesehen billiger sind als die Polen. Und behalten sich die Entscheidung vor.

Die Polen sind natürlich ebenso schlau wie die Nürnberger. Was, wenn sie mit denselben Methoden für ihre aktuellen oder zukünftigen Arbeitsplätze „kämpfen“ und als Antwort auf das Nürnberger Sonderangebot Elektrolux einen noch unschlagbareren Billiglohn anbieten? Dann ist Nürnberg wieder am Zug - auf dem Weg ins Elend.

Wie billig wollt ihr eigentlich noch werden? Wie viel Urlaub habt ihr denn noch dranzugeben? Wie klein und alt darf das Auto werden? Oder wollt ihr so weitermachen, bis es wirklich wieder ums Satt-Werden geht im Arbeiterhaushalt?

Das Elend der Nürnberger Belegschaft hat nichts zu tun mit besonderen Problemen der Waschmaschinen-Branche, nichts mit dem besonderen Arbeitgeber Elektrolux, nichts damit, dass die Konzernzentrale in Schweden sitzt und nichts damit, dass die Leute, gegen die sie in Konkurrenz gestellt werden, Polen sind.

Alles das kommt auch in anderen Branchen vor. VW, Daimler-Chrysler, Siemens spielen bei ganz anderen Produkten ebenfalls ihre Belegschaften gegeneinander aus und vergleichen die Löhne an innerdeutschen, europäischen und globalen Standorten nach größtmöglicher Billigkeit.

Das Elend hat nur einen Grund: Die Macht des Kapitals, seine Rendite zur Vorbedingung des Lebens der beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitsleute zu machen.

Donnerstag, 10. November 2005, 20.00 Uhr  
K4 im Künstlerhaus, (Ex-KOMM) Weißer Saal,  
Nürnberg, Königstr. 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

## Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

### Ohne Werte – keine Werte. Vom Fanatismus, Werte zu begründen Vom Bier zum Vaterland

Seit Jahren hört das nun nicht mehr auf: Werte brauchen die Menschen – und zwar viel mehr als bisher. Die ökonomischen Werte und die darauf lautenden Wertpapiere, von denen mancher mehr brauchen könnte, waren damit nie gemeint; vielmehr die höheren: Grundwerte, die alten Werte – alle die antimaterialistischen Tugenden des Verzichts eben, die als menschliche Werte geschätzt und so ihres negativen Gehalts entkleidet werden sollen.

Ein schwieriges Unternehmen freilich, dem sich die Wissenschaft da stellt. Wie soll man begründen und letzten, daher auch unbegründbaren Werten verschreiben sollen, die ihnen erklärtermaßen nicht nützen, ja die geradezu als Ersatz- und Gegenmotive zu Nutzen und Materialismus angeboten werden? Die vulgären Werte-Philosophien sehen entsprechend aus. Ihre Begründungen bestehen im frechen Bekenntnis zu dem Widerspruch, für den sie sich stark machen. Entweder sie „beweisen“, dass es dem Glück des Menschen äußerst nützlich ist, den Gesichtspunkt des Nutzens aufzugeben, und dass es das Leben bereichert, das Materielle gering zu achten, oder diese Philosophien „beweisen“ den Menschen, die sich Werten unterstellen sollen, dass sie es sowieso schon tun; dass die Werte, für die sie werben, sowieso unausweichlich sind. Dass stets noch die Form des Beweises (also durchaus auch falsches Denken) dem geforderten Inhalt widerspricht, dass mit der Notwendigkeit von Werthierarchien die Freiheit des selbstbewussten Verzichts und mit dem Nutzen desselben der Verzicht dementiert wird, stört die Werte-Theoretiker wenig. Sie konstruieren fleißig ganze Theoriegebäude aus diesen Widersprüchen. Hier das eine.

#### Ohne Werte geht gar nichts – nicht einmal das sinnlose Sausen!

Der Beweis, dass Werte schlechterdings notwendig sind, damit der Mensch sich überhaupt entscheiden, seinem Willen einen Inhalt geben kann, will natürlich an einem Material abgezogen werden, das die „hohen Werte“ nicht schon voraussetzt. Dass ohne den Wert Treue, Ehre, Leben und Vaterland niemand Treue, Ehre, Leben und Vaterland einen Wert zuerkennen würde, ist wahrlich kein Beweis für eine derartige Notwendigkeit, vielmehr eine Tautologie, deren logischer Mangel gleich auf die Frage verweist, ob man die Treue denn zurecht für etwas Tolles halten sollte oder nicht. Der Notwendigkeitsbeweis der Werte braucht also ein unbedenkliches, über alle Fragen erhabenes Material: Dass man ohne Werte sich nicht einmal zu einem Glas Bier soll entscheiden können, lässt da aufhorchen. Da sind wir doch gleich lieber für die Werte, schon um der Sauferei willen. Dass der herrliche Beweis nun aber auf einem Feld geführt wird, um das es zugleich *nicht geht*, dass mit dem Bierwert über die Notwendigkeit von hohen Idealen, Lebens- und Sterbenswertem nichts ausgemacht ist, das darf uns ebensowenig stören wie der Umstand, dass das Hauptargument der Beweisführung „Nur ein Beispiel...“ heißt.

#### Wie kommt der Philosoph zum Bier?

„Handeln heißt Ziele setzen und Maßnahmen ergreifen. Die Wahl und Beurteilung von Zielen und Maßnahmen richten sich nach bestimmten Werten.“ (H. Härle, *Der Erziehungsauftrag der Schule ...*, in: *Blätter zur Lehrerfortbildung* 1984)

„Wir leben ständig in Wertbeziehungen. Wir wählen ständig zwischen Werten.“ (Manfred Hättich, *Leben ohne Grundwerte?*, München 1984, S. 9)

„Wir nehmen nun an, ich hätte Durst und es stünden mir Mineralwasser und Bier zur Verfügung. Wenn ich nach dem Bier greife, weil es mir besser schmeckt, dann hat das Bier für mich bereits einen doppelten Wert.“ (ebd.)

Die Entscheidung zum Bier, die „Wahl der Ziele“ wäre ohne Wert nicht möglich; die Wahl des Bieres nicht ohne den doppelten Bier- Wert (Durstlöcher, der zweitens schmeckt). Durch den Bierwert kann der Biertrinker sich zum Biertrinken entscheiden. Damit ist das ganze Bild von Entscheidung, das hier gezeichnet

werden soll, allerdings hinfällig: Wenn einer Bier mag und Sprudel nicht, dann entscheidet er sich überhaupt nicht. Die „Wahl“ fällt ihm leicht, sie findet nämlich gar nicht statt!

Wenn sich einer aber nicht so sicher ist, was ihm wohl lieber sein wird, dann wird er wohl Vor- und Nachteile seiner Alternativen *am gleichen Maßstab* abwägen müssen – nur daran kann er sie überhaupt vergleichen – und nicht dank Bierwert eine Entscheidung zwischen seiner Zuneigung zum Alkohol und seiner Abneigung gegen Mineralwasser suchen können.

Der wissenschaftliche Wert dieses Bildes von Willensbildung ist gleich Null. Das mindert aber nicht ihren moralischen Wert, im Gegenteil: Wenn man sich zum Bier nur entschließen kann durch den Bierwert, den man schon intus hat, dann besteht die wirkliche Entscheidung, die verständige Zweckbestimmung, in einem *Treueverhältnis* gegen einen vorgängig und prinzipiell eingenommenen Standpunkt. Der Wille kommt nun dadurch zu einem Inhalt, dass er ihn schon voraussetzt.

Auch dass es sich hier offensichtlich um einen Zirkel handelt, tut der guten moralischen Absicht keinen Abbruch. Setzt die Entscheidung für ein Bier im einzelnen schon die Entscheidung fürs Bier im Allgemeinen voraus, so fragt sich, wie sich der Bierfan denn nun dazu hat entscheiden können. Für das Bier soll man sich nicht so einfach entscheiden können, sondern nur vermittelt des Bierwerts, aber für den Bierwert? Auch dieser Zirkel ist notwendig und führt den moralischen Denker weiter: Mag es für das Bier an seinen Eigenschaften und dem Geschmack, den sie bedingen, an den Umständen, unter denen ein Drink ansteht, noch so etwas wie Entscheidungsgründe geben, so ist dies endgültig vorbei, wenn es sich um das *Bierprinzip* handelt: Für dieses muss man einfach „Standnehmen“ oder eben nicht. Die grundlose Wahl als Grund der begründeten Wahl, das will der Werthänger deduzieren! Nicht der Gehalt des Gewählten, also nicht das Bier mit seinen Eigenschaften, macht es zum wertvollen Getränk, sondern *das Wählen macht das Gewählte zum Wert*. Genannter Volks-erzieher Hättich schafft das übergangslos. Hiß es auf Seite 9 noch: „Wir wählen ständig zwischen Werten“, und sollte der Leser bei „Werten“ an Dinge denken, die nützliche Eigenschaften haben, weshalb man sie wählt, so liest sich das Verhältnis auf Seite 20 genau umgekehrt:

„Die Werthaftigkeit der Dinge hat also etwas zu tun mit der Bedeutung, die der Mensch ihnen zumisst. Die Dinge kommen durch einen Prozess, durch einen Vorgang zu ihrem Wert, weil der Mensch sie wertet.“

Jetzt soll sich das Wählen nicht mehr am Wert orientieren, sondern der Wert an der Wahl: Was immer ein Mensch wählt, weil er es sich erwählt, ist es für ihn etwas wert! Wenn dieser Idealismus der Wahl nicht die radikalste denkbare Moralbotschaft ist!

Aber gemacht! Erst noch eine Frage: Warum wertet der Mensch denn überhaupt, wenn das Werten schon so ein tautologischer Prozess ist? Weil das Bier sonst für ihn nichts wert wäre? Und ihm der Sprudel genauso recht sein könnte? Nun, wenn er den Biervorteil nur durch die Wahlhandlung erhält, könnte er ja auch ganz gut auf den Unterschied zur Limonade verzichten und um die Getränke einfach würfeln. Auf eines müsste er dann freilich verzichten; auf das Bewußtsein, es sich schwer herausgesucht zu haben und im Biertrinken seinen eigenen freien Willen zu betätigen. So schmeckt dem Philosophen jetzt nicht mehr das Bier, sondern das *Selbstbewußtsein* beziehungsweise ihm schmeckt das Bier, weil er darin das Gefühl seines Subjektseins schlürft, weil er sich zum Bierfan nun einmal entschlossen und dadurch das Gesöff trinkbar gemacht hat.

#### So kommt der Mensch zum Sinn

In der Interpretation der Philosophen sind die Menschen die moralischen Prinzipienreiter, die sie durch die ganze Darlegung erst werden sollen. Darin liegt schon das Gegenteil: Sie sind es natürlich auch wieder nicht. Der Kampf für

die Notwendigkeit der Werte wurde auf einem Gebiet geführt, auf dem es um Werte nun einmal nicht geht. Die guten Menschen, die um ihren Bierwert angeblich nicht herumkommen, machen einen Werthänger ja doch nicht glücklich! Schenken wir ihm also seinen Bierwert und fragen, was damit überhaupt bewiesen sein soll. Natürlich die hohen Werte, Sinn und Orientierung! – nach dem argumentativen Muster: „Natürlich sind unsere Beispiele austauschbar“ und der Wert unseres Bieres nichts anderes als der Wert des Lebens:

„... wenn der Mensch über sein Leben nachdenkt und danach fragt, was für ihn eigentlich wichtig ist und was ihm weniger wichtig ist“, dann fragt er nach dem Sinn des Lebens, und „Wenn der Mensch seinem Leben in irgendeiner Weise einen Sinn gegeben hat, dann ist ihm alles wertvoll, was der Verwirklichung dieses Sinnes dient.“ (ebd., S.18)

Die falsch vorgestellte Entscheidung zwischen zwei Mitteln des Genusses ist ungefähr dasselbe, wie das ganze Leben als Mittel einer höheren Aufgabe oder Zielsetzung zu betrachten. Dass einmal das Bier dem Menschen „dient“, das andere Mal der Mensch sich als Diener an seinem höheren Auftrag auffasst, tut nichts zur Sache, wo es um die Logik des Wertens geht, nach der jedes Besäufnis ein Dienst am eigenen Bierwert genauso ist wie jeder Dienst Freiheit und Selbstverwirklichung. Alles ist ihm wertvoll, wenn der Mensch es nur in seinen selbstgewählten Sinn hineinrechnen kann. Und das *Glück* kann wahrhaftig jeder haben. Er muss sich halt seinen Sinn machen, indem er als Wert heiligt, *was er sowieso tut und tun muss*:

„Sein Leben erhält nur zielgerichteten Sinn, wenn er sich immer wieder auf seine Werthierarchien besinnt, sich also darüber klar wird, welche Werte für ihn die wichtigsten sein sollen.“

Klar, nicht auf die Qualität der gewählten Aufgaben und Lebensläufe, sondern auf den Akt des Wählens kommt es entscheidend an, weil er ganz offen die Umwertung der Scheiße leisten soll, in der „der Mensch“ steckt:

„Je mehr Werterfahrung der Mensch macht, desto sinnvoller erscheint ihm sein Leben. So lange er anhaltend positive Werterlebnisse hat, fühlt er sich allerdings auch weniger ver-anlasst, ausdrücklich nach dem Sinn seines Lebens zu Fragen. Hat sich nun jemand daran gewöhnt, nur solche Erlebnisse als wertvoll zu betrachten, die ihm unmittelbar ein Bedürfnis befriedigen, ihn in den Zustand der Zufriedenheit oder des Glücks versetzen, dann erscheint ihm sein Leben nur insoweit sinnvoll, als es ihm solche Befriedigung beschert. Hat er hingegen gelernt, auch in anderen Situationen, etwa im Be-

wältigen von Schwierigkeiten, im Durchstehen von Leid oder in der Hilfe für andere einen Wert zu sehen, dann sind auch diese Situationen für ihn sinnhaft. Für den letzteren kann sich das Leben also aus mehr sinnhaften Situationen aufbauen als beim Ersteren.“

Fein ist derjenige raus, der auch das Schlechte gut findet – der erlebt nur noch Gutes! Na also Freunde, ein bisschen Bereitschaft zum Selbstbetrug, ein bisschen so tun, als ob alles, was mit einem gemacht wird, selbst herausgesucht wäre – und schon habt ihr die geistige Reife für alles, was da kommen wird und was man ohne solche Reife womöglich gar nicht billigen könnte.

Dass der Selbstbetrug irgendetwas leichter macht, hat übrigens niemand behauptet!

#### Der Sinn des Wertefasels

Spätestens seit der Nachrüstung, seit Millionenarbeitslosigkeit, seit Lohnsenkungen und Kohl-Regierung heißt die Parole: Mehr und freudigeres JA zu den Pflichten; JA zum Dienen und nicht aufs Verdienen geschaut. Niemand täuscht sich groß darüber, dass dies der politische Inhalt der Wertekampagne ist, und versprochen wird dem Werte-Haber nur dies: Wenn ihm die Tugenden als menschliche Größe etwas wert sind, dann braucht er mit Armut und Dienst nicht unzufrieden sein und hat allen Grund, Optimismus an den Tag zu legen.

Die eindeutige Botschaft in Sachen Volkserziehung ist auf fruchtbaren Boden gefallen – kein Wunder! Hat die Bundesregierung diesen Boden doch selbst bereitet. Der Aufruf zu mehr Werte-Bewußtsein war ja nicht in den luftleeren Raum gesetzt, sondern nichts anderes als ein Interpretationsangebot für die Lage, in die die Regierung die Bürger gebracht hatte. Wie kann man ein freier, sich selbst verwirklichender und nur sich selbst verantwortlicher Bürger bleiben trotz Armut, Arbeitslosigkeit und Kriegsgefahr? Indem man so tut, als habe man den erzwungenen Verzicht selbst gewählt und eben die anständige Bescheidenheit, die man dank beschränkter Mittel zeigen muss, als hohes Menschentum aus freien Stücken ergriffen.

Die Welt der Wissenschaft sieht bei solcher geistig-moralischer Erneuerung ihre verantwortungsvolle Aufgabe nicht etwa darin, zu sagen, was gespielt wird, wenn derlei hohes Menschentum ausgelobt wird. Nein, die Wissenschaft versteht ihren Auftrag ganz richtig, wenn sie sich auch bei dieser von oben verlangten Haltung um den Schein einer Begründung bemüht.

#### Neues aus der Wissenschaft:

### Rätsel unseres Gehirns

Wenn man Philosophen, Psychologen, Juristen, Neuro- und andere Biologen auf einem Kongress zum Thema ‚moderne Hirnforschung‘ diskutieren lässt, erfährt man hinterher Folgendes aus der Zeitung:

„Das ‚neue Menschenbild‘, an dem die Hirnforschung mit großem Aplomb arbeitet, sorgt seit geraumer Zeit für Unruhe. Denn auf den Monitoren der Labore erscheint das Selbstbewußtsein nur als Produkt der neuronalen Biochemie, hochkomplex zwar, aber nichtsdestoweniger eingebunden in die lückenlosen Kausalketten der Materie. Daß der gegenwärtige Forschungsstand mit seinen vielen offenen Fragen keine Grundlage dafür bietet, einen Umbau des Rechtssystems ins Auge zu fassen, darüber waren sich die anwesenden Juristen einig. Unterschiedliche Auffassungen herrschten allerdings bei der Frage, was zu geschehen hätte, falls einmal die empirischen Lücken geschlossen, die logischen Unstimmigkeiten beseitigt wären und ein deterministisches Menschenbild sich durchsetzen würde.“ (FAZ, 22.6.05)

Tja, was sollen wir tun, wenn sich herausstellt, dass wir determiniert sind? Unser Vorschlag an alle juristisch geschulten Neurobiologen: Wir warten einfach die nächste hochkomplexe, aber lückenlose Kausalkette der Materie ab.

\*

Während in der interdisziplinären Forscher-gemeinde die Entscheidung in der Frage noch offen ist, ob Wille und Bewusstsein determiniert sind, weiß ein Forscher immerhin über den Weg der Entscheidungsfindung schon genau Bescheid:

„Denn welche Argumente ins Bewusstsein kommen, hängt ab von unbewussten Prozessen... Und wie jemand rational abwägt, ist seinerseits wieder neuronal determiniert... Daher kommt die Neuro-

biologie am Ende zu der Aussage: Jemand hat so entschieden, weil er mit einem Gehirn ausgestattet ist, das in diesem Moment so entscheiden konnte und nicht anders.“ (Hirnforscher Roth, in: *Die Zeit*, 14.7.)

Fragt sich nur: Welches Hirn hat da mal wieder nicht anders gekonnt und der Neurobiologie diese Aussage eingegeben? Und was ist, wenn ein Nachbar-Hirn nicht anders kann als zu entscheiden, dass der *Begriff* der Determination unmöglich determiniert sein kann? Zweifellos ein weites Forschungsfeld für Hirne, die ohnehin nicht anders können, als falsche Fragen zu stellen...

\*

Denn, zwei Wochen später, in der ARD kommt auch noch ein Film zum Thema! Auf die Frage: „Sind Verbrechen biologisch programmiert, und ist die verbrecherische Veranlagung neurologisch nachweisbar?“ (SZ, 27.7.) dürfen die Hirnströme eines Verbrechers vor laufender Kamera die Antwort geben:

„Wie bei vielen anderen Verbrechen arbeitet bei ihm der Teil des Gehirns nur schwach, in dem das Mitgefühl verwaltet wird.“ (ebd.)

So müssen wir im fortgeschrittenen Alter ein ums andere Mal erfahren, dass wir determiniert sind und gar nichts dafür können. Warum hat man uns das nicht früher gesagt?!

(Nachdruck aus GEGENSTANDSPUNKT 3-05)

**Sozialistische Gruppe  
Erlangen Nürnberg (SG)**  
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen  
**www.sozialistischegruppe.de**  
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

# Wie die freie Marktwirtschaft in New Orleans wieder einmal funktioniert hat

Ohne die freie Marktwirtschaft hätte sich ein Orkan der Stärke 5 zwar nicht verhindern lassen, aber nur *mit ihr* konnte es zu diesem Ausmaß von Tod und Zerstörung an der US-Südküste kommen. Die zuständigen Organe der Staatsgewalt hatten nämlich ziemlich früh Informationen darüber, dass sich ein Hurrikan der Windstärke 5 auf die Küste von Louisiana zubewegte. Und wie reagierten sie darauf? Als überzeugte Demokraten und Fans der zu diesem Herrschaftssystem passenden Wirtschaftsordnung setzten sie nicht nur voll auf die freie Marktwirtschaft, sondern diese auch im Umgang mit der Bevölkerung von New Orleans durch.

Sie forderten alle Einwohner zur Evakuierung ihrer Stadt auf. Gemäß den Regeln der freien Marktwirtschaft gingen sie davon aus, dass jeder seine Flucht privat und gemäß seinen Eigentumsverhältnissen in Sachen Geld und Transportmittel zu organisieren hat. Es ist ja gerade die Schönheit dieses Wirtschaftssystems, dass jedes Individuum aus seinem Privatinteresse heraus und ungehindert durch staatliche Planung für sich sorgen darf und dass daraus das Bestmögliche für die Gesellschaft resultieren soll. Also gab es in Louisiana keine „kollektivistische“ oder gar „staatlich reglementierte“ Evakuierung, wie das letztes Jahr vom „Zwangsregime“ des Fidel Castro an 1,3 Mio. armen Kubanern durchgezogen worden ist, weswegen dieser Hurrikan mit der gleichen Windstärke keinen einzigen Toten und damit auch kaum Aufsehen in der freien Presse verursachte. In einer freien Marktwirtschaft kommt so etwas nicht vor. Da vermutete man schon am Tag nach dem Durchzug Katrinas, dass womöglich Hunderte von in der Stadt verbliebenen amerikanischen Bürgern ums Leben gekommen waren. 2 Tage nach dem Orkan stellte man fest, dass offensichtlich über 100.000 Leute trotz des Evakuierungsaufrufs in der Stadt geblieben waren. Viele hätten sich aus „Sturheit“ oder schlichter „Borniertheit“ geweigert, den gut gemeinten Appellen an ihre Privatinitiative zur marktwirtschaftlich organisierten Flucht Folge zu leisten.

Mittlerweile werden in den Reportagen der vor Ort eingetroffenen Journalisten ein paar Gründe nachgeliefert, warum eigenartigerweise fast ausschließlich arme Leute – darunter mehrheitlich schwarze Amerikaner – das Footballstadion und das Konferenzzentrum aufgesucht haben, um sich vor dem Orkan zu schützen. Sie hatten offensichtlich zu wenig Geld und deshalb keine geeigneten Transportmittel und vor allem schreckten sie vor der Perspektive zurück, ohne Geld und ohne alles Überlebensnotwendige ihre Behausungen zu verlassen. Wohin sollten sie sich denn flüchten ohne ausreichende Zahlungsmittel, ohne die man in der freien Marktwirtschaft auch ohne Starkwind ziemlich aufgeschmissen ist. Es ist nur systemimmanent, dass Habenichtse, die es in der freien Marktwirtschaft zu nichts bringen, auch bei Naturkatastrophen die Arschkarte ziehen! Sie zählen zu jenem Menschenschlag, ohne den die freie Marktwirtschaft nicht zu haben ist, obwohl sie persönlich von ihr nichts kriegen außer harter Arbeit, wenig Geld und einen permanenten Überlebenskampf nicht nur bei Überschwemmungsgefahr.

Der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. September fällt jetzt ausgerechnet in ihrem Wirtschaftsteil, wo ansonsten immer von den weltweit überlegenen Wachstumszahlen des US-Kapitals die Rede ist, auf, dass „die Zahl der Armen in den USA ... im vierten Jahr in Folge gestiegen ist – auf 37 Mio. Menschen“ und dass gerade in New Orleans ein Fünftel der Bevölkerung weniger als 10.000 \$ im Jahr verdient. Kein Wunder, dass in den 27.000 Familien, die *offiziell* unter der amtlich festgesetzten „Armutsgrenze“ leben müssen, viele kein Geld oder kein Auto hatten, um rechtzeitig zu flüchten. In der freien Marktwirtschaft bedienen die schönen Produkte von Ford, GM und Chrysler halt nicht den Bedarf nach Fluchtfahrzeugen aus Katastrophengebieten, sondern ausschließlich *zahlungsfähige* Bedürfnisse! Und Zahlungsfähigkeit ist das Letzte, worüber der pauperisierte Bevölkerungsanteil in New Orleans verfügt. Wenn die Bewohner der Armenviertel vor dem Sturm überhaupt über Arbeitsplätze verfügen, dann über welche für wenig Lohn bei viel Drecksarbeit im Dienst-

leistungsgewerbe, im Tourismus und der umliegenden Landwirtschaft. Die Lebensnotwendigkeiten des *American Way of Life* verlangen von solchen Leuten oftmals gleich mehrere Billigjobs auf einmal, also Müllabfuhr am Morgen und Hamburger einwickeln in der „Freizeit“. Zudem hat die Bush-Regierung zwecks Förderung des freien Marktes zügig jede Menge Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen und dafür die Gebühren für Dienstleistungen kräftig angehoben, weil es den Markt stärkt – sprich: neue Profitgelegenheiten für Kapitalanleger schafft –, wenn selbst die Krankenhäuser dem Rentabilitätsprinzip unterworfen werden. Deswegen fährt mancher aus Geldnot zu marktwirtschaftlichen Re-aktionsweisen gezwungene Südstaatenamerikaner bei Zahnarztbesuch nach Mexiko und reagiert auf die fortschreitende Privatisierung bisheriger öffentlicher Dienstleistungen dadurch, dass er sie nicht mehr in Anspruch nimmt.

Und von noch einer anderen Seite deckte Katrina eine schönes Stück freier Marktwirtschaft auf: Wegen der von ihren Apologeten immer wieder eingeforderten Zurückführung der „Staatsquote“ aufs Notwendigste, damit die Unternehmen des freien Marktes weniger Steuern zahlen müssen und demzufolge mehr investieren, wurden im letzten Jahr die Gelder des für Deichsicherheit zuständigen Ingenieurkorps von New Orleans um 44% gekürzt und die nach dem letzten katastrophalen Hurrikan gemachten Pläne einer Aufstockung der Deiche endgültig aufgegeben. Ferner erlaubten die zuständigen Behörden die Trockenlegung von Teilen des Stauseesystems entlang der Küste des Golfs von Mexiko, um Neuland für Investitionen in Immobilien zu schaffen. Diese Anlagen dienten als Auffangbecken für Sturmfluten aus dem offenen Meer und sollten Überschwemmungen bewohnter Gebiete verhindern. Gemäß den Gesetzen der freien Marktwirtschaft ermöglichte es der Staat Unternehmen und Spekulanten, ihrem privaten Interesse nach Gewinn weitgehend rücksichtslos gegen mögliche negative Auswirkungen auf die Natur nachzugehen. Es passt also wunderbar zur freien Marktwirtschaft, wenn Bush bei der Werbung um politische Zustimmung, in der allein der Erfolg zählt und nicht die Wahrheit, beim Überfliegen des Überschwemmungsgebiets der Nation live im Fernsehen dreist vorlügen kann, eine „Katastrophe in diesem Ausmaß“ habe niemand vorhersehen können, ohne dass er Gefahr läuft, von seinen Volksvertretern mit einem *Impeachment* politisch abgeschossen zu werden.

In den ersten Tagen nach dem Deichbruch hielt sich die Bush-Administration auch bei der Hilfe für die Opfer noch strikt an die Regeln der freien Marktwirtschaft. Deren Verfechter fordern nämlich, dass die Hilfe für die weniger Erfolgreichen in diesem System nicht hauptseitig vom Staat kommen soll, weil das die „Eigeninitiative“ lähme. In besonders tragischen Fällen ist dann vor allem die Privatinitiative der nicht betroffenen Staatsbürger zum Spenden verlangt. Der Präsident ließ dafür seinen Vater George ohne W und dessen Nachfolger als Oberamerikaner, Bill Clinton, im Fernsehen zum Betteln auftreten. Und überließ das Sammeln von Spenden ansonsten dem Geschäftssinn der nationalen Fernsehgesellschaften, die in ihrem Konkurrenzkampf um Marktanteile schon wissen, was bei einer Naturkatastrophe im eigenen Land Quote bringt: Sie boten die Unterhaltungskünstler der Nation zu Benefizkonzerten auf, in der die – mit einer Ausnahme – taten, was sie in solchen Notfällen immer tun: ihre Hits singen und die von den TV-Redaktionen vorformulierten Mitleidstexte brav vom Teleprompter ablesen, damit das Publikum gerührt die Spendenkonten fülle und gar nicht erst auf die Idee komme zu fragen, warum sich in God's own freier Marktwirtschaft derlei *Naturkatastrophen* für die von ihr Getroffenen immer zu ganz anderen Katastrophen auswachsen.

Als sich nach 3 Tagen eine Hunger- und Seuchenkatastrophe nach der Flutkatastrophe abzeichnete, weil immer noch keine Hilfe in New Orleans eingetroffen war, entschloss sich die Regierung zum Handeln. Aus den staatlich eingerichteten Auffanglagern, in denen die Überlebenden dahinvegetierten, drohten demokratisch verantwortete Konzentrationslager zu

werden, und der Mischung aus ohnmächtiger Eigentumsverletzung wegen Überlebenskampf und verbrecherischem Ausnutzen einer Notlage begegnete die Staatsgewalt mit „entschlossenem Handeln“. Gemäß dem Grundgesetz der freien Marktwirtschaft, dass der Schutz des Eigentums an erster Stelle bei allem staatlichen Handeln zu stehen hat, kamen noch vor allen Nahrungsmitteln, Medikamenten und Bekleidung die Nationalgarde und Kampfeinheiten der Armee in die Stadt, um erst einmal für das Wichtigste im bürgerlichen Leben zu sorgen: Ruhe und Ordnung, auf Amerikanisch *law & order!* Dann kam es doch noch zu einer kleinen Verletzung marktwirtschaftlicher Ideale: Ausgerechnet Leute, die es geschafft hatten, in ihren Häusern und auf ihren Habseligkeiten Sturm und Flut zu überleben, werden jetzt zwangsevakuert, weil die demokratische Staatsgewalt *ihren* „Notstand“ konstatierte und jetzt zu ihrem vornehmsten „Argument“ griff, der *Gewalt*.

Während in den Wirtschaftsteilen der Gazetten schon wieder die Frage im Vordergrund steht, wie sich Katrina marktwirtschaftlich auswirken wird – „Einbruch“ bei der Konjunktur oder „Wachstumsschub“ durch Wiederaufbau – werden in den vorderen Seiten die üblichen Fragen nach der „politischen Verantwortung“ breitgetreten:

– in den USA selbstkritisch als Gewissenserforschung der Weltmacht Nr. 1, ob es nicht eine „Schande für die Nation“ ist, dass sie in Win-

deseile weltweit Soldaten zum Losschlagen abkommandieren kann, um „Gefahr“ vom amerikanischen *Homeland* abzuwehren, und dann „zuschauen muss“, wie hinter den Bayous des Mississippi eine ganze uramerikanische Stadt samt Teilen der Einwohnerschaft absäuft.

– In Deutschland werden dieselben Fragen selbstverständlich in allen Tonarten eines vom Hl. Petrus bestätigten nationalen Antiamerikanismus aufgeworfen und beantwortet: Da sieht man's wieder, „unilateral“ alles auf der Welt kurz & klein hauen, auch wenn es „*uns*“ nicht passt, und dann beim Hochwassermanagement alles verzeigen. Und überhaupt, die *armen Neger!* 140 Jahre nach Abschaffung der Sklaverei regieren in Washington immer noch unverbesserliche Rassisten ...

Wer die Fragen nach den Ursachen der Katastrophe so stellt und beantwortet, will nichts davon wissen, warum in unserer bekanntlich mit Abstand besten aller möglichen Produktionsweisen bei Naturkatastrophen sich regelmäßig hinterher herausstellt, dass die begrenzte Berechenbarkeit von Naturphänomenen bloß die eine Seite des Ereignisses ist. Zur wirklichen Katastrophe kommt es ja erst durch die *systemimmanente* Gleichgültigkeit des Geschäfts und der es fördernden Staatsgewalt gegen die ziemlich berechenbaren Auswirkungen der Tsunamis und Katrinas auf das menschliche Inventar der Marktwirtschaft. Das wird hinterher von der Öffentlichkeit bejammert und die politische Opposition wirft den Verantwortlichen „Versagen“ vor. Darüber und damit muss das Geschäft weitergehen, bis es wieder auf gut Amerikanisch heißt: *business as usual*.

Radio Lora vom 12.09.05

## GEGENSTANDPUNKT 3-05

Politische Vierteljahresschrift

### Demokratie 2005:

#### Die Politiker versprechen lauter Härten – das Volk darf sie wählen

Kanzler Schröder will ‚es wissen‘. Nicht, was „die Menschen“ von seiner Politik halten, womit sie unzufrieden sind. ‚Wissen‘ will er einzig und allein, ob sein Volk allen Ernstes mit ihm so unzufrieden ist, dass es ihn nicht mehr im Amt haben will. Unzufrieden sein, das steht nur ihm zu – mit den Wahlentscheidungen der Massen. Für deren Einwände gegen seine Politik interessiert er sich überhaupt nicht – die wird auf jeden Fall fortgesetzt.

Fortgesetzt wird diese Politik erst recht, wenn es nach dem Willen der Opposition geht. Die besteht darauf, dass das Volk unzufrieden sein darf – mit dem Kanzler und damit, dass der die Reformen, die das Volk treffen, nicht entschieden genug durchsetzt. Fürs arbeitende Volk Lohn runter und Steuern, Abgaben und Zuzahlungen rauf; für die Wirtschaft Ersparung an Lohnkosten und Steuern, die braucht Entlastung – das versprechen Merkel und Co. ganz ‚ehrlich‘. Ein interessanter Antrag ans Volk: Stimm gefälligst dafür, wir lassen Dir ohnehin keine andere Wahl! Und eine interessante Auskunft über das Kernstück der Demokratie, die Wahl, wenn das Volk das mitmacht.

Mehr dazu und zur ‚Linkspartei‘ und den Gewerkschaften in der Artikelserie

#### Der Kanzler stellt die Machtfrage – Vorzeitige Neuwahlen in mehreren Akten Agitation in ‚harten Zeiten‘:

#### Bild kämpft für Sie! Der Spiegel hetzt für Sie!

Dass dem Volk das Kunststück gelingt, enttäuscht, verärgert, betroffen aber gleichwohl schon wieder und immer aufs neue den Politikern ihre Stimme und den Vertrauensvorsprung zu schenken, dass die ‚es‘ diesmal ja vielleicht doch einmal ‚besser‘ machen –: Dazu tragen die Bildzeitung für die Massen und der Spiegel für die Elite nicht wenig bei. Sie pflegen den kritischen Blick auf die Leistungen der Politiker – nach deren eigenen Maßstäben. Sie messen deren Taten an dem Dogma, dass Opfer notwendig sind – fürs Volk, sich aber lohnen müssen – für Deutschland. Und sie liefern Bürgern, die gewohnt sind, dass über sie verfügt wird und das es bei allem um Deutschlands Vorankommen geht, die passenden Argumente: fürs Durchblicken, fürs Wählen, fürs Hinnehmen und für die Suche nach Schuldigen, wenn es nicht ordentlich vorangeht: mit dem Kampf gegen falsches Anspruchsdenken der Massen und für die Ausrichtung an den Ansprüchen derjenigen, die ‚die Wirtschaft‘ und ‚der Staat‘ sind.

#### Amerikas Krieg gegen den ‚Terrorismus‘ in der Welt

geht weiter. Nicht nur im *Irak*, wo neben den alltäglichen Gewaltaffären nach Amerikas Willen unbedingt die ‚Demokratie‘ vorankommen muss, mit der sich kein politischer Vertreter vor Ort abfindet und die erst recht das Volk nicht besser stellt. Auch anderswo in der Nahostregion kämpfen Staaten mit Amerikas Anforderungen. Erklärte Feinde wie der *Iran* sowieso. Dort engagiert sich auch das konkurrierende Europa – für eine Kontrolle der atomaren Fähigkeiten des Iran unter seiner Regie – mit der Ami-Drohung im Rücken und eigenen imperialistischen Ambitionen im Sinn. Aber auch Partner der USA wie *Saudi-Arabien* kämpfen um ihren Status, weil Washington im islamischen Staatswesen des bisher zuverlässigsten arabischen Öllandes den Sumpf des Terrorismus ausgemacht hat. Das greift die Grundlagen dieses Staats an und lässt ihn nach innen wie außen nicht mehr zur Ruhe kommen. Auch *Israel* ist mit seinem Umgang mit den Palästinensern ein Teil der größeren Front zur Ausrottung antiamerikanischer Umtriebe und Gegebenheiten.

Und auch im fernen Osten lässt der Fall *Korea* die USA nicht ruhen und Washington deswegen die wichtigen Länder der Region nicht unbeteiligt an diesem Fall.

Der GegenStandpunkt befasst sich ausführlich mit den Schauplätzen des *Imperialismus heute* genauso wie mit dem *Fortgang des Projekts Europa*.

Im Buchhandel erhältlich:

Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen  
 Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg  
 Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg  
 Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg  
 Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg  
 Bestellungen beim GegenStandpunkt-Verlag, Türkenstr. 57, 80799 München  
 Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05,  
 gegenstandpunkt@t-online.de

**INFLATION DER WAHRHEIT  
KAPITALISMUS BRAUCHT ARMUT  
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten**

chen seitdem einen Bogen um die neue Ostzone und pauperisieren die ihnen angebotenen unrentablen Massen nun erst recht.

„Dort (in Osteuropa) ist die Umstellung von der Plan- auf die Marktwirtschaft weit besser gelungen als in der ehemaligen DDR. Dank der Hilfe vom großen Bruder im Westen ist den neuen Bundesbürgern manches in den Schoß gefallen, was sich die Nachbarn hart erarbeiten mussten. Das ist den Ostdeutschen nicht gut bekommen.“

(Spiegel, Nr.20)

Merke: Wer den Bürgern irgendeine der Härten des Kapitalismus ersparen oder auch nur abmildern will, tut ihnen einen Bärendienst. Hätte man den wende-trunkenen Zonis doch gleich Lebensmittel- und Warenpreise auf westdeutschem und Löhne auf polnischem Niveau zugemutet, dann wäre heute vielleicht Frankfurt/Oder die bewunderte Boomtown und nicht die polnische Nachbarstadt – und die geilen Hungerlöhne würden in Deutschland verdient. Auf so viel Vernunft mag Aust in diesem missratenen Gemeinwesen gar nicht mehr hoffen. Reihenweise lässt er in seiner TV-Abrechnung mit der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Politiker auftreten, die bekennen, in ihrer Regierungszeit unverzeihliche wirtschaftspolitische Fehler gemacht, nämlich Rücksicht auf die Opfer ihrer Politik geübt zu haben, und die gleichzeitig darauf bestehen, dass aus Gründen des inneren Friedens und ihrer Wiederwahl anderes gar nicht möglich gewesen wäre. Politiker, so die Botschaft, die sich immer wieder wählen lassen müssen und wollen, haben einfach nicht die Statur, zugunsten der Interessen der Nation mit der erforderlichen Konsequenz gegen die Interessen der Bevölkerung zu regieren. Letzten Endes verhindert die Demokratie die nötige Diktatur der Wirtschaftsinteressen. Aus lauter Fanatismus für den kapitalistischen Erfolg Deutschlands ergeht sich Aust in nationalem Masochismus, verachtet sein zu einem gesunden Kapitalismus unfähiges Vaterland und scheut sich nicht, die Demokratie als Quelle dieser Unfähigkeit auszumachen.

**Die sichere Basis der Hetze:  
Eine Arbeiterschaft, die sich  
längst nach ihr richtet**

Die traurige Geschichte von der Vernunft des Kapitals, der nicht gefolgt wird, von den gegensätzlichen Wirkungen der Armut, die man nicht zulässt, und von den kontraproduktiven Wirkungen aller Versuche, sie abzumildern, sind die reine Wahrheit dann doch nicht. Die Spiegel-Leute machen dieselben deutschen Löhne und ihre sozialpolitischen Begleitumstände für die Wachstumsschwäche des Stand-

orts verantwortlich, die den Kapitalisten in früheren Jahren gerade recht waren. Kein Wunder, dass die politisch Verantwortlichen damals von der verhängnisvollen Fehlentwicklung nichts merkten. Jetzt erlauben sich Journalisten aus dem Rezept, das sie gegen die Krise des Wachstums angebracht finden – runter mit den Löhnen –, schnurstracks auf den Grund der Krise zu schließen: Wenn sinkende Löhne dem Wachstum auf die Beine helfen sollen, dann müssen es wohl hohe Löhne abgewürgt haben. Ursachenforschung in dem Sinn ist das nicht. Aber soll man Leuten, die so freimütig und feindselig den Antagonismus von Kapital und Arbeit beschwören, noch Argumentationsfehler vorrechnen? Sie etwa daran erinnern, welche guten Dienste das unmögliche Rentensystem über 50 Jahre dem deutschen Kapitalismus geleistet hat? Oder einwenden, dass das kranke Deutschland immer noch eine ökonomische und politische Weltmacht ist, das vordbildliche Polen aber ein armes Land?

Mit ihrem internationalen Vergleich von Arbeitslöhnen und Wachstumsraten stellen sie ohne weitere Beweisnöte klar, was in diesem Land gilt und was nicht: Die Armut hat gar kein Recht, der Reichtum jedes: Wenn der nicht genug wächst, waren die Armen zu anspruchsvoll. Diese Schuldzuweisung will nicht überzeugen, und sie würde scheitern, müsste sie überzeugen. In Artikeln und Sendungen geben sich die Spiegel-Autoren als isolierte Bußprediger, die gegen einen verkehrten Volksgeist wettern, und als Aufklärer, die sozialpolitische Illusionen zertrümmern müssen, dabei rufen sie mit ihren antisozialen Zeitdiagnosen in Wahrheit nur einen durchgesetzten, längst praktizierten Konsens im Land ab. Sie können sich darauf verlassen, dass ihr Fanatismus, demzufolge der Lohn gar nicht niedrig genug sein kann, nicht als Aufruf zur sozialen Revolution, sondern als Imperativ zum Verzicht verstanden wird.

Denn die Sicht der Dinge, für die sie Anerkennung gerade von den Opfern ihrer Verbesserungsvorschläge einfordern, hat eine solide Grundlage erstens in den materiellen Verhältnissen: Den Eigentümern der Kapitalvermögen ist das gesamte Produzieren im Land überantwortet. Von den Lohneinkommen über die Renten, die Verdienstmöglichkeiten für Handwerker und Händler bis hin zu den Steuern des Staates ist alles, was im Land läuft oder nicht läuft, abhängig gemacht vom Erfolg in Sachen Bereicherung dieser Minderheit. Leute, die durch Arbeit Geld verdienen müssen, müssen sich der Eigentümerklasse anbieten und darauf warten, ob die ihre Dienste zu Profit machen mag. Diese Sicht hat ihre zweite Grundlage darin, dass die Arbeiterklasse diese Abhängigkeit als Bedingung ihrer Existenz hin nimmt und damit zu leben sucht. Auf dieser Basis bietet sich ihr drittens eine Organisation zur Vertretung ihrer Interessen an, die aus-

**Wahnachlese – Wissenschaft und Wahl**

Die Zeitung für die klugen Köpfe kann es im August kaum fassen:

„Wenige Wochen vor der Bundestagswahl ist die Linkspartei in Ostdeutschland beliebter als die Union oder die Sozialdemokraten“ (FAZ v. 24.8.2005), - wo die doch die staatstragenden Parteien sind! Woher kommt nur „der ausgeprägte Wunsch nach staatlicher Fürsorge“, fragt sich die FAZ für ihre Leser, wo doch eigentlich die Menschennatur nichts mehr verabscheut, als vor sozialer Unsicherheit und Armut geschützt zu sein?

Die Harvardprofessorin Nicola Fuchs-Schüle, zu diesem Thema befragt, kann mit einer wissenschaftlichen Untersuchung dienen, die endlich den dunklen Drang der Ossi aufklärt. Schuld ist natürlich „der Kommunismus“, der seine böse Wirkung immer noch und vor allem bei denen tut, die nach offizieller Lesart seine vornehmsten Opfer waren; aber nicht durch besonders raffinierte und fiese Gehirnwäsche – seinerzeit – sondern durch seine schiefe, wenn auch längst vergangene Existenz:

„Wir haben in unserer Forschung festgestellt, dass sich viele Ostdeutsche offenbar an diese zentrale Rolle des Staates im ökonomischen Leben gewöhnt haben und sie nun als wünschenswert ansehen. Ebenso unterliegen aber auch viele Westdeutsche einem Gewöhnungseffekt an das marktwirtschaftliche System. Präferenzen hängen offensichtlich im Allgemeinen vom wirtschaftlichen System ab, und zwar in der Weise, dass eine Gewöhnung an den Status quo stattfindet, der nach einiger Zeit als wünschenswert angesehen wird.“

Das ist auch schön: So richtig wollen tut den „Fürsorgestaat“ eigentlich niemand, wenn es ihn gibt, halten die Leute ihn für normal, weil es ihn gibt, und wenn es ihn lange genug gibt, finden sie ihn sogar besser als das „marktwirtschaftliche System“, weil er eben „status quo“ ist. Diese Theorie der bedingungslosen Anpassung an jedwede „Verhältnisse“, bei der man sich schon fragt, wie es dann jemals überhaupt zu einem „Kommunismus“ hatte kommen können, gefällt der FAZ nicht so gut, schließlich ist sie aus Überzeugung für die „Marktwirtschaft“. Sie insistiert deswegen:

„Warum ist das Verlangen nach Eigenverantwortung trotz der langen Gängelung durch eine Diktatur nicht stärker ausgeprägt?“

Auch in Harvard hätte man es lieber anders: „Es ist grundsätzlich vorstellbar, dass die Erfahrungen des Kommunismus die Präferenzen der Menschen genau ins Gegenteil verkehren lassen, so dass sie die Eingriffe des Staates in ihr Leben so klein wie möglich halten wollen. Wir beobachten allerdings das gegenteilige Phänomen.“

So ein Pech aber auch. Andererseits, was solls: Man muss nur ein bisschen warten, „ein bis zwei Generationen“, wenn nichts anderes als die „Marktwirtschaft“ im Angebot ist, werden die Ostdeutschen sich schon für ihre Arbeitslosigkeit verantwortlich fühlen und keine falsche Partei mehr wählen. Und darauf kommt es ja schließlich an.

Alle Zitate aus FAZ vom 24.08.2005

**Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter [www.sozialistischegruppe.de](http://www.sozialistischegruppe.de)**

**Armut in der Dritten Welt**

Wie es dort zugeht, weiß jeder: Hungerkatastrophen, verödete Landstriche, Aufstände und Plünderungen sind dort keine Ausnahme, sondern die Regel. Das findet niemand gut. Aber bis hinein in die Selbstbeichtungen, mit denen eine hiesige kritische Öffentlichkeit den Industrienationen eine Teilschuld an solchen Mißständen gibt, weil sie diese „nicht unterbunden“, wenn nicht gar aus Eigeninteresse „billigend in Kauf genommen“ hätten, ist allen eines klar: Dass solche Katastrophen in der III. Welt üblich sind – das liegt an den *spezifischen Umständen* dort:

– z.B. an der dortigen *Bevölkerungsexplosion*. Deswegen hungern und verhungern die Menschen dort.

Wie viele dürfen es dann denn höchstens sein, damit auch noch das letzte Hungermaul gestopft werden kann? Und was für ein begrenzter Futtertopf wird da überhaupt unterstellt, der angeblich nicht für die ausreicht, und wo kommt der her? Tun denn die Leute dort nichts als Konsumieren?

– oder an der *Korruption* der dortigen politischen Eliten.

Da fragt man sich nur, wie dick Dritte Welt-Staatsmänner sein müssen, um all das, was es in ihren Ländern gibt, zu verpassen, so dass für die Menschen nichts mehr übrig bleibt.

– oder an der *Misswirtschaft*, die dort betrieben wird.

Klar, die machen einfach alles falsch. Dabei haben die Verantwortlichen doch meistens an unseren Unis studiert, wie das Wirtschaften geht. Und jetzt sind sie zu blöd, um sich die „Goldene Bilanzregel“ zu merken? Und: Wie kommt man überhaupt auf „Misswirtschaft“? Weil es dort Armut und Not gibt? Dabei führen die hiesigen Verantwortlichen doch gerade mit ihren Reformagendas vor, dass „ordentliches Wirtschaften“ nicht ohne Verarmung geht!

Gegen solche „Theorien“, die die Zustände in den Ländern der Dritten Welt immer aus lauter *Defiziten* in diesen Ländern erklären wollen, schlagen wir vor, sich einfach einmal folgende Fragen zu beantworten:

1. Wenn Menschen hungern und verhungern, dann fehlen ihnen die Mittel zum Leben. Woran liegt das? Weil es hiervon in den Ländern der Dritten Welt und sonst wo zu wenig gibt? Das kann nicht sein. Wer Geld hat, kann auch in Afrika leben, und die Hilfslieferungen fehlen auch nicht dort, wo sie herkommen.

2. Wenn Menschen hungern und verhungern, dann fehlen ihnen nicht nur Lebensmittel. Sie sind offenbar auch nicht in der Lage, sich diese herzustellen. Wer oder was hindert sie daran? Denn so verrückt, lieber zu verrecken als zu arbeiten, ist niemand.

**Gelegenheit zur Diskussion hierüber gibt es am**

**Mittwoch, den 09. November 05, um 20.00 Uhr  
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstraße 7 (1.OG), Erlangen**

Nächster Termin: Mittwoch, 14. Dezember 2005.

drücklich den Vorrang der Kapitalinteressen vor denen ihrer Klientel nicht nur als gegebene Lage, sondern als vernünftige Ordnung anerkennt und erst so dem Interesse des Kapitals an billiger Arbeit die Dignität eines über Interessen und Parteien stehenden Sachzwangs verleiht. Seitdem die Arbeitslosenzahlen steigen, vertreten die Gewerkschaften das Interesse ihrer Mitglieder, in dieser Abhängigkeit zu bestehen und Lohn zu verdienen, als Interesse an Beschäftigung. Damit „es“ weitergeht und das Interesse der Unternehmer an der Benutzung ihrer Belegschaften erhalten bleibt, bieten sie Opfer an Lohn und Freizeit der Arbeiter an. Sie versuchen für ihre Klienten den Arbeitsplatz zu „kaufen“, indem sie genau immer neue Stücke von dem drangeben, was die mit ihrer Arbeit zu erwerben gedenken, ja wofür sie überhaupt einen Arbeitsplatz haben wollen.

Die Tarifabschlüsse des Frühsommers stehen allesamt im Zeichen der „Sicherung von Arbeitsplätzen“ und kodifizieren Verschlechterungen für die Beschäftigten: Die Drucker „verteidigen“ erfolgreich die 35-Stunden-Woche“, indem sie weitergehende Flexibilisierungen der Arbeitszeit anbieten, Urlaubstage, Freischichten für besondere Arbeitergruppen, Zuschläge für Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit, vor allem aber Lohn opfern. Sie vereinbaren für 24 Monate eine Lohnerhöhung von zweimal 1% (ca. 1 Euro pro Tag), wobei das erste Prozent noch nicht einmal dem Lohn zugeschlagen, also in die Basis späterer Lohnsteigerungen eingerechnet, sondern als Sonderzahlung ausgeschüttet wird. „Gewerkschaft und Beschäftigte haben einen beachtlichen Preis für diesen Erfolg bezahlt: Der vereinbarte Lohnzuschlag gleicht nicht einmal die Teuerungsrate aus. Damit nicht genug: Viele Beschäftigte erhalten künftig weniger Zuschläge; werden also real weniger verdienen.“ (FR, 17.6.)

Das braucht beim Tarifvertrag in der Bauindustrie niemand mehr herauszuheben: Dort sinken die Mindestlöhne ganz offiziell um 1,7%, während die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich um eine Wochenstunde steigt. Die sonstigen Tariflöhne stagnieren bis April des nächsten Jahres und steigen dann um 1%. Das, so die Erfolgsmeldung der Bauindustrie, verbilligt die Arbeit um etwa 2,5 %. Zudem vereinbaren Gewerkschaften und Arbeitgeber eine Förde-

rung der „ganzjährigen Beschäftigung“ der Bauarbeiter. Die bisherige Kurzarbeit in den Wintermonaten, in denen nicht gebaut werden kann, ist nämlich den Arbeitgebern zu teuer geworden. Sie wollen ihren Anteil am vom Arbeitsamt finanzierten Schlechtwettergeld nicht mehr bezahlen und entlassen trotz dieser öffentlichen Subvention fast ein Drittel ihrer Belegschaften für ca. vier Monate im Jahr. Die sind dann auf Arbeitslosengeld angewiesen, fallen aber furchtbar schnell in die Elendskategorie ALG II, weil sie die Mindestzahl von 12 Monaten Vollbeschäftigung, die erforderlich ist, um ALG I bekommen zu können, nie erreichen. In Kraft „tritt nun eine für die Arbeitgeber günstigere Regelung der Kurzarbeit. Für sie entfällt der Arbeitgeberanteil der Sozialabgaben ... Getragen wird der künftig durch einen Topf, der durch eine neue Umlage gespeist wird. Die Arbeitgeber finanzieren ihn zu 60%, die Arbeitnehmer zu 40%.“ (FAZ, 22.6.)

Die IG Bergbau-Chemie-Energie hat dagegen für die Chemieindustrie einen auf den ersten Blick besseren Abschluss erzielt. Dort steigen die Löhne um 2,7% diesem Jahr und noch einmal um 1,2% im nächsten. Die Lohnverluste durch Inflation sollten also in etwa ausgeglichen sein. „Die IG BCE gilt allerdings seit Jahren als Vorreiter der Tarifpolitik und hat in ihren Verträgen bereits zahlreiche Öffnungsklauseln und Rahmenregelungen für betriebliche Lösungen.“ (Handelblatt, 17.6.) Sie verschafft sich zahlenmäßige Erfolge, indem sie Tarifverträge abschließt, an die sich die Betriebe nur halten müssen, wenn sie wollen.

Nachdruck aus GEGENSTANDSPUNKT 3-05

**Lesetipp:**

Das Wahlversprechen des Jahres 2005: Arbeit „Sozial ist, was Arbeit schafft.“

Die Linkspartei

Die Partei der Schlechtgestellten auf dem Weg ins Parlament:

Armut wird wieder lebenswert in Deutschland

**Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GegenStandpunkt in Radio Lora können nachgelesen werden unter:**  
<http://www.gegenstandpunkt.de/radio/gsr2005.htm>